



Erhard Eppler

Klimakrise, Finanzkrise und Staatszerfall. Was wird aus der Einen Welt?

Willy-Brandt-Rede Lübeck 2009

Bundeskanzler |
Willy Brandt | Stiftung

Schriftenreihe
Heft 21

HERAUSGEBERIN

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Bundesstiftung des öffentlichen Rechts

Der Vorstand

KARSTEN BRENNER, *Ministerialdirektor a. D. (Vorsitzender)*
PROF. DR. DIETER DOWE
PROF. DR. KLAUS SCHÖNHOVEN

REDAKTION

DR. WOLFRAM HOPPENSTEDT (*Geschäftsführer*)
DR. BERND ROTHER
DR. WOLFGANG SCHMIDT

Schriftleitung: DR. WOLFRAM HOPPENSTEDT

© 2010 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Forum Willy Brandt Berlin

Unter den Linden 62-68
D-10117 Berlin
Tel.: 030 / 787707-0
Fax: 030 / 787707-50
info@willy-brandt.de
www.willy-brandt.de

Willy-Brandt-Haus Lübeck

Königstraße 21
D-23552 Lübeck
Tel.: 0451 / 122425-0
Fax: 0451 / 122425-9
info@willy-brandt-luebeck.de
www.willy-brandt-luebeck.de

GESTALTUNG

Pralle Sonne, Berlin

REALISATION UND DRUCK

Druckerei Gieselmann, Bergholz-Rehbrücke

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2010
ISSN 1434-6176
ISBN 978-3-933090-20-1

Willy-Brandt-Rede Lübeck 2009

Erhard Eppler

Klimakrise, Finanzkrise und Staatszerfall. Was wird aus der Einen Welt?

gehalten am 2. November 2009
im Kolosseum zu Lübeck

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Heft 21

Die Veranstaltungsreihe „Willy-Brandt-Rede Lübeck 20xx“ des Willy-Brandt-Hauses Lübeck wendet sich an ein breites politisch interessiertes Publikum. Sie bietet Grundsatzreden zu den drängenden gesellschaftlichen und politischen Fragen unserer Zeit. Als Referenten werden herausragende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft oder Kultur eingeladen.

Das Projekt wird finanziell unterstützt von der Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts des Hamburger Reeders Peter Krämer.

www.voelkerrecht-hamburg.de

INHALT

| | |
|--|-----------|
| Willy Brandt – Stationen seines Lebens | 6 |
| Karsten Brenner Grußwort des Vorstandsvorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung | 8 |
| Bernd Saxe Grußwort des Bürgermeisters der Hansestadt Lübeck | 13 |
| Peter Krämer Grußwort des Stifters der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e.V. | 15 |
| WILLY-BRANDT-REDE LÜBECK 2009 Bundesminister a.D. Dr. Erhard Eppler Klimakrise, Finanzkrise und Staatsverfall. Was wird aus der Einen Welt? | 18 |

WILLY BRANDT – STATIONEN SEINES LEBENS

| | |
|-----------------|---|
| 1913 | Am 18. Dezember in Lübeck geboren |
| 1930 | Eintritt in die SPD |
| 1933-1945 | Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime |
| 1936 | Illegaler Aufenthalt in Berlin |
| 1945-1947 | Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen |
| 1947 | Presseattaché an der Norwegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin |
| 1948 | Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin |
| 1949-1957, 1961 | Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag |
| 1950-1971 | Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses |
| 1955-1957 | Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses |
| 1957-1966 | Regierender Bürgermeister von Berlin |
| 1964-1987 | Vorsitzender der SPD |
| 1966-1969 | Bundesaußenminister und Vizekanzler |
| 1969-1992 | Mitglied des Deutschen Bundestages |
| 1969-1974 | Bundeskanzler |

| | |
|-----------|--|
| 1971 | Verleihung des Friedensnobelpreises |
| 1976-1992 | Präsident der Sozialistischen Internationale |
| 1977-1983 | Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission |
| 1979-1983 | Mitglied des Europäischen Parlaments |
| 1987-1992 | Ehrevorsitzender der SPD |
| 1992 | Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben |

KARSTEN BRENNER

Grußwort des Vorstandsvorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Namen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung begrüße ich Sie sehr herzlich im wunderschönen Kolosseum zur Willy-Brandt-Rede Lübeck 2009.

Es ist mir eine besondere Freude, in diese Begrüßung den Redner des heutigen Abends, den früheren Bundesminister Dr. Erhard Eppler einschließen zu können. Lieber Herr Eppler, wir danken Ihnen, dass Sie den für Sie doch recht weiten Weg nach Lübeck auf sich genommen haben, um heute bei uns zu sein.

Herzlich begrüßen möchte ich natürlich auch den Bürgermeister der Hansestadt. Sie, lieber Herr Saxe, haben die Idee einer jährlichen Willy-Brandt-Rede, die hier in Lübeck wichtige Fragen unserer Zeit ansprechen soll, von Beginn an unterstützt, und ich danke Ihnen für Ihre Bereitschaft, zum Start ein Grußwort für die Hansestadt zu sprechen.

Ein besonders wichtiger Gast, meine Damen und Herren, ist heute aus Hamburg zu uns gekommen. Er fördert unsere neue Veranstaltungsreihe in großzügiger Weise: Es ist der Vorsitzende der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts, der Reeder Peter Krämer. Lieber Herr Krämer, wir würden uns freuen, wenn Sie uns gleich auch etwas mehr über die Ziele Ihrer Initiative und Ihre beeindruckenden Projekte berichten würden.

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ist nicht zuletzt der Gesellschaft zur Beförderung Gemeinnütziger Tätigkeit zu Dank verpflichtet, die es uns ermöglicht hat, in diesen so schön renovierten Räumen zusammenzukommen.

Meine Damen und Herren, fast zwei Jahre sind vergangen, seit wir das Willy-Brandt-Haus eröffnet haben, das nun im Herzen der Hansestadt an einen weiteren Lübecker Nobelpreisträger, den bedeutenden Sozialdemokraten, Staatsmann und Weltbürger Willy Brandt, erinnert. Das Haus ist von den Lübeckern wie von den Gästen der Stadt im höchsten Maße angenommen worden und die multimediale Dauerausstellung zieht unverändert viele Menschen an. Für viele Schulklassen hat sich die Königstraße 21 als ein idealer Lernort für politisch-historische Bildung herausgestellt, zumal er nicht nur

über das Leben und Wirken Willy Brandts informiert, sondern zugleich einen Blick auf die Geschichte des gesamten 20. Jahrhunderts eröffnet. Unser Angebot aus Zeitzeugengesprächen, Diskussionsrunden und Sonderausstellungen stößt auf großes Interesse.

Zu diesem Erfolg haben viele hier in Lübeck beigetragen: Natürlich das kleine, aber stets hoch engagierte Team um Herrn Dr. Lillteicher, den Leiter des Hauses. Ihnen möchte ich bei dieser Gelegenheit unsere Anerkennung dafür aussprechen, was Sie in den ersten beiden Jahren der Arbeit des Willy-Brandt-Hauses auf die Beine gestellt haben. Dank gilt auch unserem Freundeskreis des Hauses aus Lübecker Bürgerinnen und Bürgern um Herrn Minister a.D. Gerd Walter, der uns schon oft wertvollen Rat und viele Anregungen gegeben hat.

Wir wissen die hohe Kooperationsbereitschaft der Stadt Lübeck und insbesondere der Lübecker Museen zu schätzen, mit denen wir uns bereits zu vielen Projekten zusammengetan haben. Wir freuen uns zudem über die Kooperation mit zahlreichen örtlichen Schulen und Fortbildungsträgern und hoffen, dass immer mehr Schulen und Lehrer aus Lübeck, aus dem schleswig-holsteinischen Umfeld oder auch aus Hamburg von den pädagogischen Angeboten Gebrauch machen, die das Willy-Brandt-Haus bietet.

Erwähnen möchte ich schließlich noch die Hilfe, die uns die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft in Hamburg gewährt hat, um rasch einen Ausstellungskatalog erarbeiten zu können. Hieraus ist das wohl derzeit schönste und informativste Buch über Willy Brandt entstanden, das man heute finden kann.

Meine Damen und Herren, mit der Willy-Brandt-Rede Lübeck 2009 starten wir eine neue Veranstaltungsreihe: Wir wollen in Kooperation mit der Hansestadt alljährlich eine herausragende Persönlichkeit aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft oder Kultur nach Lübeck einladen, die – in Anknüpfung an das politische Erbe Willy Brandts – drängende politische und gesellschaftliche Fragen unserer Zeit analysiert und mögliche Lösungsstrategien dazu entwickelt.

Nach seinem Rücktritt 1974 als Bundeskanzler hat Willy Brandt, der anschließend ja noch 13 Jahre lang Vorsitzender der SPD blieb, sich mit ganzer Kraft neuen Herausforderungen gewidmet, die über Deutschland und Europa hinauswiesen, und das in zweifacher Funktion: als Präsident der Sozialistischen Internationale und als Vorsitzender der sog. Nord-Süd-Kommission, die er auf Anregung des Weltbankpräsidenten, Robert McNamara, 1977 ins Leben

rief. Mit den Berichten dieser Kommission hat Willy Brandt frühzeitig eine Agenda gesetzt, die bis heute Gültigkeit hat:

Dass wir auf der nördlichen Halbkugel dieses Planeten unsere Lebens- und Wirtschaftsweise umstellen müssen, wenn wir gemeinsam mit den Entwicklungsländern überleben wollen; dass wir die begrenzten Ressourcen nicht beliebig ausbeuten dürfen und weltweit fair teilen müssen; dass der Süden in viel größerem Maße als bisher unserer Solidarität bedarf; und vielleicht am aktuellsten: dass die Kräfte der wirtschaftlichen und technologischen Globalisierung durch internationale Rahmensetzungen gezähmt werden müssen, weil sie die Gestaltungskraft der Nationalstaaten aushöhlen. Willy Brandt hat damals erfahren müssen, dass seine Vorschläge auf erhebliche Uneinsichtigkeit und Widerstände stießen. Aber er würde uns heute sicher mahnen und ermutigen, die globalen Probleme sogar noch erheblich entschiedener anzugehen – durch eigene Anstrengungen wie durch engere weltweite Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren, wenn es einen Zeitzeugen und politischen Weggefährten Willy Brandts gibt, der dessen Engagement für eine friedliche Entwicklung und das Zusammenwachsen in der Einen Welt geteilt hat – dann ist dies Erhard Eppler!

Bis zum heutigen Tag horcht eine breite Öffentlichkeit in unserem Land auf, lieber Herr Eppler, wenn Sie sich mit Ihrer großen Lebenserfahrung und Ihrer Fähigkeit, über den Tag hinaus zu denken, zu politischen Grundsatzfragen unserer Zeit äußern.

Sie waren seit Mitte der fünfziger Jahre politischer Wegbegleiter Willy Brandts. Von 1961 bis 1976 gehörten Sie dem Deutschen Bundestag an und waren zunächst Mitglied des Finanzausschusses, später des Auswärtigen Ausschusses. In der Zeit der ersten Großen Koalition mit Willy Brandt als Bundesaußenminister wurden Sie außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und waren frühzeitig an der Konzipierung der neuen Ost- und Deutschlandpolitik beteiligt.

Am 1. Oktober 1968 – also noch während der Großen Koalition – lösten Sie Hans-Jürgen Wischniewski als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit ab. Viele Jahre vor der Veröffentlichung des Brandt-Reports haben Sie versucht, „den Deutschen die Notwendigkeit von Entwicklungshilfe nahe zu bringen“. Die Bundesbürger möchten bitte nicht glauben, haben Sie damals gemahnt, dass sie auf Dauer auf einer „Insel des Wohlstands in einem Meer

von Elend leben können“. Und immer wieder haben Sie sich dagegen gewandt, Entwicklungshilfe vorwiegend oder gar allein unter außenpolitischen Gesichtspunkten zu sehen.

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre haben Sie sich in der baden-württembergischen Landespolitik engagiert, später dann führend in der Evangelischen Kirche. So haben Sie mehreren Evangelischen Kirchentagen als Präsident vorgestanden.

Meine Damen und Herren, unvergessen bleibt bis heute Erhard Epplers beeindruckende Rede zum Tag der Deutschen Einheit 1989 vor dem Deutschen Bundestag, eine Rede, die – so der damalige Kommentar der Wochenzeitung DIE ZEIT – „wie der vorläufige Schlussstrich unter die Debatte über den politischen Standort der Bundesrepublik und die deutsche Identität wirkte“ und in der Sie seismographisch aufgezeigt haben, wie es damals wirklich um die erodierende DDR stand.

Ein Zweites, lieber Herr Eppler, haben Sie mit Willy Brandt gemeinsam: Dass auch Sie, nachdem Sie keine staatlichen Ämter mehr innehatten, weiterhin erheblichen Einfluss auf die politische Debatte genommen haben – das gilt für die Verankerung des Leitgedankens der nachhaltigen Entwicklung, für eine zeitgemäße Interpretation der Grundwerte, für das Nachdenken über die Rolle des Staates in einer Zeit grenzenlosen Wirtschaftens wie für die programmatische Erneuerung Ihrer Partei, der SPD. Auch nach dem schlechten Wahlergebnis der Sozialdemokratie bei der letzten Bundestagswahl war wieder Ihre Stimme gefragt, was die SPD tun muss, wenn sie „eine Partei für das zweite Jahrzehnt“ sein will, so der Titel Ihres vorletzten Buches.

Meine Damen und Herren, wie wichtig die Fragen des Nord-Süd-Verhältnisses, der Bekämpfung des Hungers in der Welt und einer fairen Arbeitsteilung zwischen den Industrieländern und Entwicklungsländern sind, das hat Erhard Eppler schon früh dem Außenminister und Bundeskanzler Willy Brandt zu verdeutlichen versucht, als Brandt noch ganz mit seiner deutschland- und ostpolitischen Agenda befasst war – mit Erfolg, wie wir wissen.

Heute schlagen Sie einen noch weiteren Bogen und fragen danach, wie sich Klimawandel, Finanzkrise und die drohende Erosion des staatlichen Gewaltmonopols im Zuge immer stärkeren marktradikalen Denkens auf den Zustand unserer Welt auswirken, die einerseits zum „global village“ geschrumpft ist und sich andererseits doch noch sehr schwer tut, als die „Eine Welt“ gemeinsam zu handeln.

Lieber Herr Eppler, wir freuen uns auf Ihre heutige Rede zur Erinnerung an Willy Brandt!
Vielen Dank!

BERND SAXE

Grußwort des Bürgermeisters der Hansestadt Lübeck

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich herzlich bedanken für die Einladung und für die Gelegenheit, anlässlich der ersten Willy-Brandt-Rede Lübeck ein Grußwort für die Hansestadt Lübeck zu sprechen. Mein besonderer Dank gilt den Organisatoren dieser Veranstaltung.

Sehr herzlich möchte ich über die bereits genannten Persönlichkeiten hinaus den früheren Kultursenator unserer Hansestadt, Ulrich Meyenborg, begrüßen. Er war es, der im Jahr 2002 die Idee entwickelt hat, ein Willy-Brandt-Haus Lübeck aufzubauen und sich dann beharrlich für dieses Projekt eingesetzt hat. Es gab viele, die nicht an eine Verwirklichung dieses Vorhabens geglaubt haben. Doch die Bemühungen von Ulrich Meyenborg haben Früchte getragen – und dafür sind wir ihm bis heute dankbar.

Meine Damen und Herren, es gibt zwischen dem Baden-Württemberger Erhard Eppler und der Hansestadt Lübeck eine Verbindung, die ich, wie ich glaube, heute Abend erwähnen darf. Sie ist von eher persönlicher Natur. Erhard Eppler war Gymnasiallehrer, bevor er in die Politik ging, und er hatte vor langer Zeit einen Schüler aus Lübeck, den heutigen Unternehmer Christian Dräger. Und der Umstand, dass beide bis heute einen intensiven persönlichen Kontakt pflegen, möchte ich als Indiz dafür werten, dass Herr Eppler ein so schlechter Lehrer nicht gewesen sein kann!

Im Februar 1980 hat Willy Brandt in New York den 1. Nord-Süd-Bericht vorgestellt, den er gemeinsam mit der von ihm gegründeten Unabhängigen Internationalen Kommission für Entwicklungsfragen im Auftrag der Weltbank erarbeitet hatte. Der Titel des „Brandt-Reports“ lautete: „Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen von Industrie- und Entwicklungsländern“. Und hier tut sich eine weitere Verbindung zu unserer Hansestadt auf. Wenige Wochen später kam Willy Brandt zu einem seiner nicht ganz seltenen Besuche nach Lübeck und stellte den Nord-Süd-Bericht in diesem wunderbaren Saal vor. Genau an dieser Stelle hat also im Frühjahr 1980 die Veranstaltung stattgefunden, in der Willy Brandt in seiner Geburtsstadt seine Überzeugungen über die notwendige Form des Zusammenlebens der Völker auf diesem Planeten dargelegt hat.

Vieles von dem, was Willy Brandt als Präsident der Nord-Süd-Kommission damals herausgearbeitet hat, ist bis heute unverändert gültig. Ich will dazu ein Beispiel nennen: Ein zentrales Kapitel des inzwischen dreißig Jahre alten Nord-Süd-Berichts ist dem Thema „Energie“ gewidmet. Heute sind wir uns wohl noch viel stärker darüber im Klaren, welche Bedeutung diesem Thema wirklich zukommt und welche Bedeutung es insbesondere für die Klimakrise hat, die Erhard Eppler als eines von drei Stichpunkten in den Titel seiner heutigen Rede gestellt hat.

Im Brandt-Report ging es natürlich vor allem auch um eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung. Und hier ist festzustellen, dass dreißig Jahre später auch diese Frage nach wie vor auf der Tagesordnung steht und möglicherweise heute durch das Stichwort Finanzkrise viel stärker in unser Bewusstsein rückt.

Willy Brandt hat 1989 in seinen Erinnerungen mit Bedauern festgestellt, dass nur sehr wenige Vorschläge aus dem Nord-Süd-Bericht Eingang in die politische Praxis gefunden haben. Das meiste, so schrieb er sinngemäß, blieb leider unerledigt und unbearbeitet.

Dass dies aber auf Dauer nicht so bleiben kann, ist uns möglicherweise heute bewusster denn je, auch wenn ich konkrete Initiativen zur Umsetzung der Vorschläge noch immer nicht richtig erkennen kann.

Ich danke recht herzlich der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, dass sie hier in Lübeck so lebhaft präsent ist. Seit Einrichtung des Willy-Brandt-Hauses haben wir regelmäßig hochattraktive, interessante Veranstaltungen, die das kulturelle und politische Leben in unserer Stadt bereichern.

Über die künftig jährliche „Willy-Brandt-Rede Lübeck“ bin ich besonders glücklich und gratulieren Ihnen zu diesem hervorragenden Auftakt.

Ich glaube, dies ist der richtige Weg, die Erinnerung an Willy Brandt wach zu halten, an sein Verständnis von Politik. Ich bedanke mich dafür.

PETER KRÄMER

Grußwort des Stifters der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e. V.

Zunächst möchte ich mich gern persönlich vorstellen. Ich bin ein Hamburger Reeder und – was viel wichtiger ist – ein aktiver politischer Mensch, ein *Citoyen*, wie die Bildungsbürger sagen würden, der parteipolitisch unabhängig ist.

Infolge des letzten Irakkrieges habe ich im Jahr 2004 – gemeinsam mit dem früheren Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau und einigen Journalisten und Freunden – die unabhängige „Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts“ gegründet und gemeinsam mit der Nelson Mandela Foundation und UNICEF International das Projekt „Schulen für Afrika“ ins Leben gerufen. Dieses Projekt möchte ich Ihnen kurz vorstellen.

„Schulen für Afrika“ hat sich den Bau von 5.000 Primärschulen im südlichen Afrika zum Ziel gesetzt. Inzwischen ist das Projekt zur weltweit erfolgreichsten privaten Initiative auf dem Bildungssektor geworden. Eine Million Kinder konnten bisher durch den Bau von Schulen zusätzlich zum Unterricht geschickt werden, weitere drei bis vier Millionen Kinder haben Schulmittel erhalten, 26 Länder nehmen inzwischen am Fundraising für „Schulen für Afrika“ teil.

„Schulen für Afrika“ versteht sich aber nicht nur als Spendenaufruf, sondern als wichtige politische Stimme zur Verwirklichung des Zweiten Millenniumsziels der Vereinten Nationen. Dieses ehrgeizige Ziel besagt, dass es jedem Kind auf dieser Welt bis zum Jahr 2015 ermöglicht werden soll, die Grundschule zu besuchen.

Als wir begonnen hatten, konnte in den Ländern in der südlichen Sahara jedes zweite Kind – entgegen seinem Wunsch – nicht zur Schule gehen, schlicht weil es keine Schulen gab.

Maßgeblich dank unserer Bemühungen ist es inzwischen nur noch jedes dritte Kind. Wir, die Partner von „Schulen für Afrika“, sind ein wenig stolz darauf.

Erlauben Sie mir, mit einigen Worten auf Willy Brandt und die Lage seiner Partei im Jahr 2009 eingehen, weil ich die Situation für dramatisch halte.

Die SPD hat bei den Bundestagswahlen im September mit 23 Prozent das schlechteste Ergebnis der Nachkriegsgeschichte eingefahren, und ich bedaure sehr, sagen zu müssen, dass dieses niederschmetternde Ergebnis aus meiner Sicht gerechtfertigt war.

Was hat Willy Brandt ausgezeichnet? Was hat ihn, den langjährigen Parteivorsitzenden, zu einem so herausragenden Politiker gemacht?

Willy Brandt hat politische Visionen gehabt, die weit über eine Legislaturperiode hinausgereicht haben, er hat diese Visionen klar formuliert und diese dann – zumindest in so wichtigen Bereichen wie der Außenpolitik und dem Demokratieverständnis in der Innenpolitik – in konkrete Handlungsschritte umgesetzt.

Wenn der SPD-Vorstand vor der Wahl einen über 60 Seiten langen Deutschlandplan verteilt hat, den wahrscheinlich höchstens drei Prozent der Bevölkerung gelesen haben, dann ist dies ein völlig falscher Ansatz, weil er die Bevölkerung in weitesten Teilen nicht erreicht.

Was wollen, was brauchen wir?

Wir brauchen *Visionen*, die schon bei der Agenda 2010 gefehlt haben, so z.B.:

- Wollen wir im Jahr 2020 weltweit zu den ersten drei oder wenigsten fünf Ländern gehören, die im Sinn von Breiten- und Elitenförderung ganz vorn liegen?
- Wollen wir die führende Friedensmacht in Europa werden?
- Wollen wir ganz im Sinne Willy Brandts nicht weniger, sondern mehr Demokratie in unserer Gesellschaft wagen?
- Wollen wir konkret an der Verwirklichung der Millenniumsziele der Vereinten Nationen bis 2015 mitarbeiten?
- Wollen wir unsinnige Kriege wie den in Afghanistan schnellstmöglich geordnet beenden und ganz im Sinne von Helmut Schmidt und Henning Voscherau die Illusion aufgeben, in Afghanistan einen Staat zu errichten, der dort niemals Bestand haben kann?

Demokratie lässt sich nicht *exportieren*.

Dies hindert uns nicht, Terroristen mit militärisch-polizeilichen Mitteln zu verfolgen. Wir müssen unser Land vor terroristischen Anschlägen schützen, auch wenn wir bisher glücklicherweise davon verschont geblieben sind.

Kurzum: Nicht nur die SPD-Anhänger, sondern Deutschland braucht eine starke Sozialdemokratie, die sich an Chancengleichheit, Menschlichkeit und

Frieden orientiert, dies in konkrete Maßnahmen umsetzt und bezahlbare Vorschläge für die Finanzierung macht.

Wir wollen unsere Welt doch verändern, wir wollen sie doch besser machen. Was es dazu bedarf, muss kurz, knapp und griffig formuliert werden. Konkrete Handlungsforderungen müssen daraus abgeleitet werden und realistische Finanzierungsvorschläge müssen folgen, die nicht die Menschen noch stärker belasten dürfen, die ohnehin schon im Schatten unserer Gesellschaft stehen. Die finanziellen Belastungen müssen vielmehr von denjenigen geschultert werden, die ohnehin in Deutschland nicht nur seit Jahren, sondern schon seit Jahrzehnten steuerlich mehr als begünstigt werden. Die Stichworte dazu lauten: Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer und Erhöhung der Erbschaftsteuer auf größere Privatvermögen.

Die drei Elemente

- die Vision
 - die konkreten Maßnahmen, die zu ihrer Verwirklichung führen, sowie
 - deren Finanzierung
- lassen sich auf maximal vier bis fünf Seiten formulieren.

Dies sind nur Anregungen eines parteipolitisch ungebundenen Bürgers an die neue SPD-Führung.

Erhard Eppler, der jahrzehntelang Wegbegleiter von Willy Brandt gewesen ist, hat Zeit seines Lebens Visionen gehabt und versucht, sie in konkretes politisches Handeln umzusetzen, vor allem in der Entwicklungspolitik und darüber hinaus in der weltweiten Friedenspolitik.

Erhard Eppler hat – ähnlich wie Willy Brandt – *nach den Sternen gegriffen*, ist dabei aber immer konkret geblieben.

Wer trotz der Realität und den damit verbundenen widrigen Umständen seine Träume nicht aufgibt, dem wird es gelingen, was ich jedem Idealisten unter uns wünsche: wenigstens ein- oder besser mehrmals im Leben *Sternschnuppen mit einer Hand aufzufangen und sie ganz fest zu halten*.

Ich freue mich mit Ihnen auf die Willy-Brandt-Rede Lübeck 2009 von Erhard Eppler.

WILLY-BRANDT-REDE LÜBECK 2009

ERHARD EPPLER

KLIMAKRISE, FINANZKRISE UND STAATZERFALL. WAS WIRD AUS DER EINEN WELT?

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich habe sehr gerne die Einladung nach Lübeck angenommen und habe die ersten Stunden meines Besuches sehr genossen. Und als ich dann die sehr sehenswerte Dauerausstellung im Willy-Brandt-Haus besucht habe, haben mich wieder die Erinnerungen gepackt. Ich möchte sie zum Anlass für einige Vorbemerkungen nehmen.

Kaum je zuvor waren die Politik und die Politiker schlechter angesehen als heute. Noch seltener gehörte es gleichsam zum guten Ton, über diejenigen herzuführen, die sich damit beschäftigen; warum das so ist, wäre ein Vortrag für sich wert.

Was man der Politik zutraut ist, dass sie Menschen *deformiert*. Und das tut sie ja auch. Es gibt eine geradezu *professionelle Deformation* in der Politik, und das nicht gerade selten. Und es gibt dafür herausragende Beispiele, die ich jetzt nicht nennen will.

Warum sage ich das?

Weil ich seit etwa dreißig Jahren der Überzeugung bin, dass sich Politiker dadurch unterscheiden, ob sie sich durch dieses in der Tat geradezu gefährliche Geschäft deformieren lassen oder ob sie trotz allem *reifer* werden?

Wenn es ein großes Beispiel dafür gibt, dass Politik eben *nicht* deformieren muss, sondern trotz all dem Gezerre und all den Verletzungen, die dabei anfallen, zur Reifung eines Menschen beitragen kann, dann ist dieses Beispiel Willy Brandt. Als jemand, der diesen Politiker über zwei Jahrzehnte aus nächster Nähe erleben durfte, kann ich nur sagen: Willy Brandt ist von Jahr zu Jahr *reifer*, *großzügiger*, *humorvoller* und *nachsichtiger* für andere Menschen geworden und hat dabei immer mehr an Eitelkeit verloren, wobei *Eitelkeit* und *nicht die Lüge* das eigentliche Laster der Politik ist.

Und wenn ich es heute mit jungen Menschen zu tun habe, die mit dem Gedanken spielen, sich politisch zu engagieren – und so viele sind das nicht!

– dann sage ich ihnen: „Schaut euch die Biografie von Willy Brandt an und dann werdet ihr sehen, dass Politik auch mit menschlicher Reifung verbunden sein kann. Und weil das so ist, dann wagt auch ihr es engagiert euch!“

*

Meine Damen und Herren, das Thema meiner heutigen Rede lautet „Finanzkrise, Klimakrise und Staatszerfall – Was wird aus der einen Welt?“

Steuergeld verpulvert! Verschwendung wie nie zuvor! So oder ähnlich lauteten die Schlagzeilen deutscher Zeitungen am 16. Oktober dieses Jahres, also vor gut zwei Wochen. Was war geschehen? Hatte sich die Finanzkrise weiter verschärft? Oder war ihre wirkliche Ursache entdeckt worden?

Der Bund der Steuerzahler, dessen Mitgliedschaft bestenfalls in Promille der Steuerpflichtigen zu messen sein dürfte, hatte wieder einmal seinen Jahresbericht, das Schwarzbuch, vorgestellt. Wie jedes Jahr hatte der Bund der Steuerzahler behauptet, *der Staat*, also Gemeinden, Länder und Bund, hätten rd. dreißig Milliarden Euro sinnlos verpulvert, und wie jedes Jahr hatte er nicht den Schatten eines Beweises dafür geliefert. Der Bundesrechnungshof, so die Autoren, habe einmal festgestellt, fünf Prozent aller Staatsausgaben seien unnötig und damit sinnlos. Das hat der Bundesrechnungshof seinerzeit sofort dementiert. Trotzdem finden die angeblich so hohen Verschwendungssummen der öffentlichen Hand jedes Jahr ihren Weg in die Schlagzeilen.

Vergleicht man die gewaltige Summe von dreißig Milliarden Euro mit den Einzelrügen des Berichtes, so wird von den Verfassern offensichtlich darauf spekuliert, dass die Kunst des Kopfrechnens ausgestorben ist. Da erfahren wir zum Beispiel, dass in Pforzheim die Wahlzettel für die Kommunalwahl für 20.000 Euro neu gedruckt werden mussten, weil eine Kandidatin, die als Beruf „Küsterin“ angegeben hatte, sich auf dem Wahlzettel als „Künstlerin“ wiedergefunden hatte. Da hatte ein Beamter mit dem Begriff „Küsterin“ nichts anfangen können, weil die Kirchendiener, die man im hohen Norden unseres Landes so nennt, im Südwesten „Mesner“ heißen; was eine Künstlerin ist, wusste er schon eher. Was hat nun diese unverzeihliche Fehlleistung mit den dreißig Milliarden Verschwendung zu tun? Sie müsste eineinhalb Millionen mal vorkommen, bis daraus Kosten von dreißig Milliarden entstünden.

Warum mute ich Ihnen diese Einleitung zu?

Weil sie zeigt, auf welch albernen Unsinn unsere Medien hereinfließen, wenn er in ihre Denkschablonen passt.

Nirgendwo war im Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler für das Jahr 2009 zu lesen, dass die Phantasiesumme von dreißig Milliarden, sogar wenn sie sich nachweisen ließe, immer noch nur etwa *ein Hundertstel* dessen wäre, was überforderte Banker in der Finanzkrise verbrannt haben.

Es ist wieder üblich geworden, die wachsende Staatsverschuldung als Versagen der Politik anzuprangern und nicht mehr darüber zu sprechen, was die Finanzminister an Steuergeld in die Rettung des Bankensystems und in die Stützung der Konjunktur stecken müssen.

Dass dies nicht nur allzu menschlicher Vergesslichkeit zuzuschreiben ist, zeigt ein Beitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 1. September 2009. Er stammt von Hans D. Barbier, dem Vorsitzenden der Ludwig-Erhard-Stiftung. Barbier äußert sich alarmiert über die steigende Staatsverschuldung. Sie laufe von gegenwärtig 66 Prozent des Bruttosozialprodukts auf möglicherweise bald 82 Prozent zu. Aber warum? Barbier schreibt: „Nun mögen die Regierenden einwenden, die Finanzkrise habe den Staat in diese Dimension der Defizite getrieben.“ Aber das lässt der Autor nicht gelten. Seine Argumentation gipfelt in dem Satz: „Der ökonomisch und moralisch erschreckende Teil der Vorbelastung der Zukunft geht auf politisches Kalkül im Wettbewerb der Noch-Koalitionäre zurück. Es ist ein Kalkül, das wenig mit der Sorge um das gemeine Wohl, aber viel mit der Taktik des Machterhalts und des Machtgewinns zu tun hat.“

Schuld daran, dass wir heute weiter denn je entfernt sind von ausgeglichenen Haushalten, sind nach Hans Barbier nicht die Banker, die nicht mehr wussten, was für Papiere sie in ihren Tresoren haben, sondern die Politiker, die nie an das Gemeinwohl denken, sondern immer nur das Geld der missbrauchten Steuerzahler hinauswerfen, um ihre Macht zu sichern.

So wird, meine Damen und Herren, die Aufmerksamkeit systematisch abgelenkt von den *Ursachen* der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die – doch wohl demokratischen Politiker –, die den Kollaps der Märkte verhindern mussten. Dabei ist die Tonart Barbiers nicht sehr verschieden von dem, den die Hugenberg-Presse in den frühen Dreißigerjahren gegen demokratische Politiker angeschlagen hat.

*

Aber es ist nicht meine Absicht, heute darüber zu sprechen, wie aus der gegenwärtigen Krise der Finanzmärkte sogar eine Krise der Demokratie werden könnte. Das wäre ein anderer Vortrag. Es geht mir um eine andere, fast ebenso deprimierende Einsicht: *Der Marktradikalismus hat seine eigene Widerlegung überlebt*. Noch nie ist eine Ideologie so gründlich, so eindeutig, so unbarmherzig widerlegt worden wie die marktradikale durch die Finanzkrise. *Die freien Märkte regulieren sich eben nicht besser selbst!*

Nicht die Märkte mussten die Politik retten, sondern die Politik die Märkte. Der Finanzminister musste sogar staatliche Garantien einsetzen, damit die Banken sich weiter gegenseitig Geld liehen. Denn jeder Banker hat gewöhnt, sein Kollege könnte mindestens so viele faule Papiere in seinen Tresoren haben wie er selbst, vielleicht sogar noch mehr. Also bekam er nichts – ohne Staatsgarantie.

Was ist das für ein Markt für Wertpapiere, wenn gestandene Banker, die über das Gehalt eines Bundeskanzlers nur mitleidig lächeln können, für viele Milliarden Euro Papiere aufkaufen, deren Risiken sie nicht einschätzen können? Das spricht doch wohl für die Einführung eines „TÜV“ für all die Derivate von Derivaten, die von Banken auf den Markt geworfen werden. Warum darf ein Medikament wohl nicht in die Apotheken, ehe unabhängige Wissenschaftler es auf seine Wirkungen geprüft haben, auf die erwünschten und die unerwünschten? Warum dürfen Banken allerhand Risiken in Papieren verstecken, ohne dass eine Behörde die Anleger vor den Produkten windiger Spekulanten schützt?

Aber ein solcher „TÜV“ hat offenbar keine Chance. Denn nicht nur in Deutschland hat der Marktradikalismus seine Widerlegung überlebt. Wer von der Wallstreet hört, dass dort in diesem Jahr Boni verteilt werden, deren Marktwert ausreichen würde, den Haushalt der Bundesrepublik Deutschland auf Jahre hinaus zu sanieren, kommt nicht nur ins Grübeln. Er kann auch ermessen, was einem Präsidenten blüht, der Amerika *verändern* will.

Was aber bedeutet das Überleben einer Ideologie, nach der Märkte immer klüger sind als die Politik, für die Bewältigung der Krisen unserer Zeit? Wir können doch mit diesen Krisen nur fertig werden, wenn die Politik sehr viel klüger und – was noch schwieriger ist – viel mächtiger ist als die Märkte.

*

Alle drei Krisen – Finanzkrise, Klimakrise und Staatszerfall – haben, direkt oder indirekt, mit Marktradikalismus zu tun. Bei der Finanzkrise brauche ich dies nicht zu erläutern. Was die Klimakrise angeht, so waren es doch die Marktradikalen um Präsident Bush, die lange Zeit einfach leugneten, dass das Klima sich durch menschliche Einwirkung ändert. Sie empfanden und empfinden heute noch ökologisches Denken und ökologische Postulate als eine besonders infame Methode linker Freiheitsfeinde, Markthindernisse zu schaffen. Und sie hatten und haben ihre Anhänger auch in Asien, in Lateinamerika und vor allem in Europa. Sie müssen nicht alle so plump daherreden wie der tschechische Präsident, aber *keine Form von Marktradikalismus verträgt sich mit ökologischem Denken*. Denn ökologisches Denken verlässt sich nicht auf die Weisheit der Märkte, die uns schließlich in die Klimakrise geführt hat, sondern auf die Klugheit von Menschen, die herausfinden, was wir unserem Planeten zumuten können und was nicht. Ökologisches Denken sieht in Märkten Instrumente, die, etwa durch Steuern, *gesteuert* werden können, damit sie etwas ökologisch Verantwortbares zustande bringen.

Aber dazu braucht es die Politik.

*

Der Staatszerfall und die *Privatisierung der Gewalt*, die damit einhergeht, hat nicht von ungefähr in der marktradikalen Epoche so zugenommen, dass manche wissenschaftliche Beobachter darin schon das Sicherheitsthema Nr. 1 für das 21. Jahrhundert sehen. In den Schwellenländern hat marktradikale Politik die Kluft zwischen Arm und Reich dermaßen vertieft, dass es zu einer Spaltung der Gesellschaft gekommen ist: Auf der einen Seite Slums, *barriadas*, *favelas* für Millionen, auf der anderen *gated communities*, regelrecht abgeschirmte und befestigte Stadtteile innerhalb der Städte, bewacht von privat angeheuerten und besoldeten Sicherheitsleuten, für all diejenigen, die sich das leisten können.

Dazwischen herrscht nur Furcht und Hass; in den Slums mehr Hass als Furcht, in den *gated communities* mehr Furcht als Hass. Hier kommt zuerst die Privatisierung der Gewalt – von unten und oben, und das führt zum zunehmenden Staatszerfall.

In den ärmsten Entwicklungsländern ist die Reihenfolge umgekehrt. Weil der Staat seine Mindestpflichten nicht erfüllen kann, treten *Warlords*, Banden

und Milizen an seine Stelle. An diesem Vorgang hat auch der Internationale Währungsfonds seinen Anteil. Seine Anpassungsprogramme fußten regelmäßig auf marktradikalem Denken, konzentriert im „Washington Consensus“: Die Haushalte der betroffenen Länder sollten gekürzt, die Steuern gesenkt und möglichst viel privatisiert werden. Der Internationale Währungsfonds verordnete auch solchen Staaten radikale „Schlankheitskuren“, die ohnehin schwach auf der Brust waren. Im Ergebnis wurden diese Länder nicht schlank, sondern *schwindsüchtig*. Es dauerte bis spät in die Neunzigerjahre, bis sich, auch im Widerstand gegen den IWF, im Hinblick auf den afrikanischen Kontinent der allgemeine Konsens herausgebildet hat, dass vor allem *gutes Regieren* (good governance) entscheidend ist für Entwicklung und Fortschritt und dass deshalb fortlaufende Verbesserungen in den Regierungssituationen nötig sind, dass also die staatlichen Institutionen „instandgesetzt“ werden müssen, um die wichtigsten Funktionen eines Staates erfüllen zu können: Schaffung von Rechtssicherheit, Sicherung des Gewaltmonopols und damit der inneren Sicherheit, ausreichendes Angebot an Schulen und Gesundheitsdiensten, konkret: Aufbau einer nicht korrupten Justiz, einer Polizei, die nicht so miserabel bezahlt ist, dass die Beamten ohne Korruption nicht leben können und im Übrigen keine Lust haben, sich etwa durch Verbrecherjagd in Gefahr zu bringen, Beschäftigung von mindestens einem Lehrer pro Dorf, dazu Einrichtung einer Polizeistation und einer Sanitätsstation in verantwortbarer Reichweite. Wo ein Staat dies nicht mehr bieten kann, gibt es keinen rationalen Grund mehr für die von Gott und der Welt verlassenen Menschen, diesen Staat der Herrschaft eines *Warlords* vorzuziehen. Ein solcher *Warlord* ist Söldnerhauptling, Lokaldiktator und Geschäftsmann in einem, wobei er seine Geschäfte mit dem für unsere Mobiltelefone unverzichtbaren Koltan oder Diamanten, aber auch mit Drogen, Prostitution, ja sogar mit menschlichem Organhandel machen kann. Er braucht laufend Geld für seine Söldner, sonst holen die sich durch Plünderung, was er ihnen nicht geben kann.

Anders gesagt: Wo ein Staat seine Mindestpflichten nicht erfüllt, *privatisiert sich die Gewalt*. Wo ein paar abgebrühte Polizisten gelangweilt zusehen, wie ein Markt geplündert wird, heuern sich die Händler ihre eigene Truppe an, die rasch und auf eigene Faust agiert, die Störenfriede und Räuber jagt und ggf. sogar tötet; ja, es werden manchmal sogar Hinrichtungen zelebriert. Je schwächer der Staat, desto rascher privatisiert und kommerzialisiert sich die

Gewalt, und je mehr sich die privatisierte Gewalt an die Stelle des staatlichen Gewaltmonopols setzt, desto rascher zerfällt der Staat.

Ein Staat kann in wenigen Jahren zum *failing state* und in ein paar Jahren zum *failed state* werden. Die Erfahrung zeigt, dass es Jahrzehnte dauert, bis ein zerfallener Staat wieder aufgebaut werden kann. Dieser Aufbau ist selbst mit Hilfe von außen schwierig genug, von innen heraus oft kaum mehr möglich. Denn diejenigen, die dort die privatisierte Gewalt ausüben, wollen weder den Frieden noch einen anderen Staat, sie wollen gar keinen Staat mehr, weil der nur ihre Geschäfte stören könnte. *Warlords* leben ja eben vom Krieg und nicht vom Frieden.

Der letzte noch im Kongo tätige deutsche Unternehmer wurde einmal auf einer abgelegenen Straße von zwei blutjungen Burschen angehalten, die auf ihre Kalaschnikow gestützt, wie dort üblich, als Wegzoll ein paar Dollars verlangten. Der Unternehmer machte den beiden ein Angebot: „Ihr bekommt ein Vielfaches von dem, was Ihr verlangt und dazu noch einen Arbeitsplatz in meiner Fabrik, wenn Ihr mir Eure Kalaschnikow gebt.“ Die beiden wechselten kurze Blicke, und dann sagte der etwas Ältere lächelnd, auf seine Waffe deutend: „Das hier ist besser!“

Wenn erst einmal eine ganze Generation gelernt hat, dass man mit einem Gewehr in der Hand seinen Lebensunterhalt bequemer bestreitet als mit harter Arbeit, lässt sich eine staatliche Ordnung nicht mehr so rasch wieder aufrichten, auch nicht durch einigermaßen freie Wahlen.

Übrigens weigere ich mich schon seit vielen Jahren, die meist chaotischen Gewaltausbrüche in *failing states* als „neue Kriege“ zu bezeichnen. Wer von der Gewalt der Kalaschnikow leben will, ist aus meiner Sicht kein Krieger, sondern ein *Verbrecher*, es sei denn, man hat den Staat mit seinem Monopol auf legitime Gewalt bereits abgeschrieben.

*

Es spricht viel dagegen, sich von außen in Gebieten einzuschalten, in denen von staatlicher Ordnung kaum mehr etwas zu erkennen ist. Der Fremde riskiert, dass sich die verfeindeten Banden oder Kriegsherren gegen den Eindringling verbünden. Oder die Waffen werden versteckt, damit man sie wieder hervorholen kann, sobald die fremden Soldaten wieder fort sind. Ganz hoffnungslos ist das Eingreifen eines einzelnen, vielleicht sogar mächtigen

Staates, also eine unilaterale Intervention, weil sie sofort, ob zu Recht oder Unrecht, als *Imperialismus* bekämpft wird.

Und trotzdem wehre ich mich gegen all jene, die uns mit der Geste moralischer Überlegenheit weismachen wollen, das Zuschauen sei sittlich höherwertig. Wo es keinen Staat mehr gibt, werden die Menschen nicht frei, sondern zu *Freiwild*. Und das gilt besonders für die Schwachen, die Frauen und Kinder. Als Europa, wie im Kongo, ungerührt zusah, wie zwei oder drei Millionen Menschen ums Leben kamen, geschah dies nicht in einem Anfall von Pazifismus, sondern weil kein europäischer Staat bereit war, in das vorherrschende Chaos seine Soldaten zu schicken. Eine Intervention wäre zu gefährlich, zu teuer und auch zu unpopulär gewesen.

War man denn wirklich dazu verpflichtet, diese Schwarzen daran zu hindern, wenn sie sich gegenseitig umbringen wollten?

Es gibt heutzutage mehr zynische Nicht-Interventionen als machtpolitisch motivierte Interventionen. Und wenn der Westen oder die EU sich dann doch einmal zu einer Intervention durchringen, weil das Zuschauen noch unerträglicher wird als das Eingreifen, dann haben es die verantwortlichen Regierungen nicht verdient, als imperialistische Kriegstreiber geschmäht zu werden. Und wer dann in der begleitenden Debatte Willy Brandts Wort zitiert, vom deutschen Boden dürfe niemals wieder Krieg ausgehen, der hat Willy Brandt noch gründlicher missverstanden als die Notwendigkeiten des 21. Jahrhunderts. Oder er treibt wissend Schindluder mit einem großen Deutschen des vergangenen Jahrhunderts.

Übrigens zeigen solche Parolen auch, wie bequem sich ein überdehnter Kriegsbegriff missbrauchen lässt. Willy Brandt war ein deutscher Patriot, sonst hätte er nicht auf den Knien in Warschau um Verzeihung bitten können für Untaten, mit denen er nichts zu tun hatte. Aber er fühlte sich mit wachsendem Alter immer mehr verantwortlich für das, was in und mit Europa, in und mit den Ländern des Südens, geschah. Der Friede war Willy Brandt manches Opfer wert. Aber zuzusehen, wo Menschen geschunden, gedemütigt und umgebracht wurden, war nicht seine Sache. Wer auch immer das Recht des Stärkeren für sich in Anspruch nahm, musste mit Brandts Gegnerschaft rechnen. Soldaten, deren Auftrag es ist, möglichst nicht zu schießen, sondern das Schießen zu verhindern und zu beenden, konnten und könnten immer mit seiner Unterstützung rechnen.

Interventionen in ein Chaos privatisierter Gewalt haben nur eine Chance,

wenn sie multilateral angelegt und vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gebilligt sind. Unser Ziel muss ein *internationales Gewaltmonopol* sein, das einerseits Kriege zwischen Staaten verhindern, andererseits aber da wirksam werden kann, wo das nationalstaatliche Gewaltmonopol zerbrochen ist. Dazu muss der UN-Sicherheitsrat erweitert und das Vetorecht einzelner Staaten, wenn nicht abgeschafft, so doch eingeschränkt werden. Und ich füge hinzu, ohne Willy Brandts Tadel fürchten zu müssen: Dies wird umso eher gelingen, je weniger die Bundesrepublik auf einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat besteht.

*

Die vor uns liegenden Aufgaben sind schwer genug. Aber die Lage wird hoffnungslos, wenn wir uns nicht zwei fundamentale Unterschiede zwischen dem 20. und dem 21. Jahrhundert vor Augen halten: 1. Während die Gefahr des 20. Jahrhunderts der übermächtige, totale, totalitäre Staat war, ist es im 21. Jahrhundert der hilflose, handlungsunfähige, erpressbare und schließlich der zerfallende Staat. 2. Das 20. Jahrhundert war von Kriegen *zwischen* Staaten geprägt, die im 21. Jahrhundert seltener geworden sind. Dafür werden die Gewaltausbrüche *innerhalb* von Staaten häufiger und blutiger, vor allem in den *failing states* und den *failed states*. Diese Gewaltausbrüche entsprechen weder dem, was wir bisher Frieden, noch dem, was wir bisher Krieg genannt haben.

Mir ist klar, dass ich diese Abgrenzung zwischen dem 20. und dem 21. Jahrhundert mit all den Konsequenzen, die sich daraus ergeben – und das sind nicht wenige – nur auf meine eigenen Beobachtungen und Erkenntnisse stützen kann. Mit Willy Brandt habe ich schon deshalb nie darüber reden können, weil sich mir diese Einsichten erst nach seinem Tod aufgedrängt haben. Aber ich bin mir sicher: Er hätte nicht sofort widersprochen, sondern erst mal darüber nachgedacht.

Wer chaotische Gewalt bändigen will aufgrund eines internationalen Gewaltmonopols, kann scheitern. Wer ihr beikommen will mit einem Völkerrecht, das im Kern ein *Staatsrecht* ist, muss scheitern. Ein Staatenrecht, wo es keinen Staat mehr gibt, ist unsinnig.

Gegenwärtig gibt es auf dieser Erde keinen einzigen Krieg zwischen Staaten. Addiert man aber die Zahl der jährlich zu beklagenden Opfer privatisierter

Gewalt in den Ballungszentren Lateinamerikas oder Südafrikas, im Ostkongo, im Südsudan und Darfur, kurzum in allen Teilen der Erde, in denen das staatliche Gewaltmonopol erodiert, dann kommt man den Opferzahlen sehr nahe, die in den großen Schlachten der beiden Weltkriege entstanden sind – nur mit dem Unterschied, dass diese Schlachten *einmal ein Ende hatten!*

Ein Ende der privatisierten Gewalt ist nicht in Sicht.

*

Die globale Klimakrise hat nur am Rande mit dem Staatszerfall zu tun. Aber immerhin sind es die Staaten, ihre Regierungen und Parlamente, die Verpflichtungen zur Verminderung der Abgase übernehmen müssen. Wo es sie nicht mehr gibt oder wo ihre Beschlüsse folgenlos bleiben, geschieht nichts.

Der Markt für Tropenhölzer fragt nicht danach, was die Abholzung des brasilianischen Regenwaldes für das Klima bedeutet. Der Markt ist darauf nicht ansprechbar. Eine brasilianische Regierung kann den Regenwald schützen – oder auch nicht. Aber sie ist zumindest *ansprechbar*. Jedenfalls verlangt ein Gegensteuern gegen die fortschreitende Erderwärmung *handlungsfähige Staaten*, im Norden noch mehr als im Süden. Nur wenn Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer sich verständigen auf gemeinsame Ziele und ihre jeweils verschiedenen Aufgaben, hat der Klimaschutz eine Chance.

Die armen Länder erwarten von den reichen, dass sie vorangehen und ihnen bei ihrem Anteil helfen. Nicht SIE haben dieser Erde mehr zugemutet, als sie verkraften kann, sondern WIR. Also geht Klimaschutz nicht ohne Transferleistungen. Die aber werden durch die Finanzkrise immer unwahrscheinlicher. Regierungen, die ihren Staat für die Rettung der Banken und dann im Kampf gegen die folgende Rezession in einer bisher ungekannten Weise verschulden müssen – wir sprechen über Neuverschuldungen in einem Umfang von drei bis zehn Prozent des Bruttonationalprodukts! – haben *andere Sorgen* als das globale Klima des Jahres 2050. Sie neigen dazu, einfach Wachstum zu fördern, egal ob dieses Wachstum den Klimawandel bremst oder fördert. Und sie haben keine Lust – oder, wie in Deutschland, keine Möglichkeit, im Hinblick auf einen verfassungsgemäßen Haushalt – nun auch noch den Afrikanern beim Klimaschutz zu helfen. Insofern *verstärkt die Finanzkrise die Klimakrise*, auch wenn vorübergehend durch die Rezession der Ausstoß von Treibhausgasen abnimmt.

In diesem Augenblick die Steuern zu senken, wird sich auch national als Torheit erweisen, zumal wenn diese Maßnahmen mit marktradikalen Behauptungen begründet werden. Weder die Steuersenkungen von Präsident George W. Bush noch die von Bundesfinanzminister Eichel haben sich im Nachhinein auch nur ansatzweise selbst – also durch höheres Wirtschaftswachstum – finanziert. Auf nationaler Ebene können Steuersenkungen allerdings dazu führen, dass vieles, was nun nicht mehr als Heilslehre verkündet werden kann, als Sachzwang weitergeht. Kommunen und Länder dürften künftig Staatsaufgaben nicht mehr privatisieren, weil eine Mehrheit dies wünscht, sondern weil die Finanznot sie dazu zwingt.

Unter dem Aspekt der internationalen Verpflichtungen eines relativ reichen, jedoch hoch verschuldeten Industriestaates, dazu mit riesigen Überschüssen im Außenhandel, sind Steuersenkungen nicht zu verantworten. Wir wissen bereits, dass Länder des Südens ihr Mitwirken am Klimaschutz von Ausgleichszahlungen aus dem Norden abhängig machen. Wenn beim anstehenden Klimagipfel im Dezember in Kopenhagen die Europäer nichts zu bieten haben, ist zu befürchten, dass andere sich hinter Europa verstecken. Und ob die Europäer sich bewegen, entscheidet sich zuallererst in Berlin, wo man die Steuern auf Pump senken will. Und dort ist der neue Finanzminister auf ein einziges Wort programmiert: NEIN.

Wer noch immer in den Kategorien des 20. Jahrhunderts denkt, den kann die Aussicht auf einen handlungsunfähigen Staat nicht schrecken. Er kann ihn vielleicht sogar *wollen* nach dem vor vielleicht sechzig Jahren noch vernünftig klingenden Motto: *Je schwächer der Staat, desto freier der Bürger.*

Leider kann man nicht jedem eine Reise durch Lateinamerika oder Afrika als „Kur“ verschreiben. Dort ist das Gegenteil längst bewiesen. Aber vielleicht würde schon eine etwas aufmerksamere Zeitungslektüre hier in Deutschland zu einem Umdenken verhelfen.

*

Als ich 1974 aus dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ausschied, dessen Aufgaben ich mehr sachbesessen als sachbezogen gedient hatte, war zu den schon bekannten Unheilszirkeln noch eine weiterer hinzugekommen: der ökologische. Je ärmer ein Land, desto mehr riskierte und verursachte es Umweltschäden, beispielsweise durch exzessive Abholzung der

Wälder und durch Bodenerosion. Je weniger ein solches Land auf seine natürlichen Lebensgrundlagen achtete, desto ärmer wurde es. Und so fort.

Jetzt ist ein neuer Unheilszirkel hinzugekommen: Je ärmer ein Land, desto schwächer der Staat. Wo aber ein Staat keine Rechtssicherheit garantieren, kein ordentliches Straßennetz anbieten kann, investiert niemand. Und wo niemand investiert, bleiben die Menschen arm. Der Staat kann noch weniger leisten. Und so weiter. Sobald der Staat zu zerfallen beginnt, hört auch das auf, was man gemeinhin wirtschaftliche Entwicklung nennt. Und so weiter.

Natürlich hat der inzwischen vielstimmige Chor derer auch schon meine alten Ohren erreicht, die von dem, was früher Entwicklungshilfe hieß, nichts halten, ja diese Hilfe sogar als *schädlich* oder *verderblich* ablehnen. Mich verwundern diese Stimmen nicht, weder die etwas bedächtigen noch die schrillen. In einer Epoche, in der jeder staatliche Eingriff in die Wirtschaft von Übel war, wie sollte da die Einwirkung fremder Staaten hilfreich sein? Und ich verstehe zugleich auch den Stolz und den Selbstbehauptungswillen der Afrikaner oder Asiaten, denen die vielen hochherzigen, untereinander kaum koordinierten Helfer aus aller Welt inzwischen auf die Nerven gehen.

Trotzdem sollten wir nie vergessen, dass die öffentliche Entwicklungshilfe, im Fachchinesisch ODA (Official Development Assistance), für die meisten Länder immer nur marginal war, verglichen mit den Auswirkungen der zu niedrigen Rohstoffpreise auf den internationalen Märkten, der zu zahlenden Marktzinsen oder den Folgen der Agrarsubventionen und anderer Handelshemmnisse.

Ich kritisiere nicht die Budgethilfen, die inzwischen auch im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit üblich geworden sind. Wenn es darum geht, schwache oder gar zerfallende Staaten zu stabilisieren und wenn unsere Fachleute zuverlässige Partner in den Regierungen finden, wenn also unser Geld *da ankommt, wo es ankommen soll*, dann können Budgethilfen sogar mehr bewirken als manches Projekt.

Was aber zu Recht schon jetzt Priorität genießt und weiterhin genießen muss, sind *Investitionen in erneuerbare Energien*. Wenn fossile Energierohstoffe für arme Länder unerschwinglich werden und der Aufbau atomarer Energieerzeugung in Gebieten ohne lückenlosem staatlichen Gewaltmonopol schlichtweg ein Verbrechen gegen die Sicherheit wäre, können erneuerbare Energien, zumal wenn sie die Sonne nutzen, die Grundlage zu einer Entwicklung werden, die sich von der unseren in den Industrieländern vorteilhaft unterscheidet.

*

Finanzkrise, Klimakrise, Staatszerfall – Was wird aus der einen Welt? Sie haben bemerkt: Für mich hängen alle drei Krisen eng zusammen mit entfesselten Märkten in einer globalisierten Welt. Nicht im Sinne einer simplen Kausalität, wohl aber in dem Sinne: Ohne entfesselte Finanzmärkte hätte es die Finanzkrise, die wir staunend ungläubig erlitten haben, so nicht gegeben. Der Klimakrise hätten wir früher und energischer gegensteuern können, wäre dies nicht allzu lange als Sünde wider die Freiheit der Märkte verdammt worden. Und der Staatszerfall, der letztlich nicht nur den Süden bedroht, ist offenkundig dadurch beschleunigt worden, dass staatliche Ordnung nur allzu oft als Markthindernis begriffen, beklagt, ja verflucht wurde.

Für die *Eine Welt* brauchen wir eine enge, globale Kooperation handlungsfähiger Staaten. Natürlich stecken in diesem schönen Satz bereits wieder neue Antinomien. Voll handlungsfähig war bisher ein souveräner Staat, der darauf achtet, dass niemand von außen in das eingreift, was er für seine inneren Angelegenheiten hält. Das war der Staatsbegriff von Otto von Bismarck bis Václav Klaus. Wir brauchen hingegen heute einen Nationalstaat, der seine Stärke gerade *aus der Kooperation mit anderen* zieht. Ein Beispiel: Wie viel leichter hätten es die Finanzminister der europäischen Nationalstaaten, wenn es gemeinsame Ober- und Untergrenzen für die Einkommens- und Unternehmensbesteuerung gäbe? Die Finanzminister häufen auch deshalb immer neue Schulden an, weil sich die 27 Mitgliedsländer der EU nicht einigen können und sich im Kampf um Investitionen in einen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern hineintreiben lassen.

Damit ist auch schon gesagt, dass ich mir die Kooperation der Staaten nicht allein in der UNO vorstelle. Wo in der Generalversammlung fast 200 Stimmen durcheinander reden, werden nur wenige ernst genommen. Wir brauchen zwischen der Ebene der Nationalstaaten und der UNO *regionale Zusammenschlüsse*. Wie die Lateinamerikaner, die Afrikaner, die Völker Südostasiens dies schaffen, müssen wir ihnen überlassen. Und sie sind ja auch schon dabei. Wie das hier in Europa laufen soll, ist unsere Sache. *Die Europäische Union muss von der negativen zu einer positiven Integration vorankommen.*

Damit benutze ich Begriffe, die der niederländische Wirtschaftswissenschaftler Jan Tinbergen (1903-1994) schon vor 35 Jahren geprägt und die der deutsche Soziologe Fritz Scharpf (geb. 1935) später präzisiert hat. Negative

Integration ist für Scharpf die Beseitigung von Hindernissen auf dem Weg zu einem gemeinsamen Markt mit gleichen Regeln und gleichen Chancen, teilweise mit gemeinsamer Währung. Dafür hat die Europäische Kommission dank der Verträge von Rom bis Maastricht und bald von Lissabon erstaunliche Kompetenzen erhalten, wie sie jetzt wieder die Retter des Opel-Konzerns zu spüren bekommen.

Geht es aber um *positive* Integration, um positive Rahmensetzung für die europäische Wirtschaft, um einen europäischen Ersatz für die verlorene Rahmensetzungskompetenz der Nationalstaaten, gerade auch im Finanzbereich, dann helfen allenfalls einstimmige Beschlüsse im Europäischen Rat weiter.

Aber diese Beschlüsse kommen nicht. *Ist es eigentlich vernünftig, logisch oder auch nur fair, wenn Brüssel für die Ausgabenseite der Staatshaushalte strenge Regeln erlässt, aber zu den Einnahmen nichts, aber auch gar nichts zu sagen hat?*

Der Lissabon-Vertrag ändert daran zunächst einmal so gut wie nichts. Aber es könnte ja sein, dass er zu einer Diskussion führt, ob man die neuen, effektiveren Abstimmungsverfahren innerhalb der EU nicht auf weitere Politikbereiche ausdehnen könnte.

Hier nun meine Vision für die Eine Welt: Die Vertreter der regionalen Zusammenschlüsse treffen sich in den Entscheidungsgremien der Vereinten Nationen, im (vielleicht doch irgendwann noch reformierten) Sicherheitsrat und in einem neu zu schaffenden UN-Wirtschaftsrat. In diesem Rat müssten auch Ökologen einen Sitz haben. Das wäre in jedem Fall wirksamer als ein gesonderter Umweltrat, der sich ständig mit dem Wirtschaftsrat streitet.

Solange die Einrichtung eines solchen Rates für Wirtschaft, Finanzen und Ökologie nicht gelingt, werden die G20 an Bedeutung gewinnen, während die G8 langsam in Vergessenheit geraten. Schließlich waren diese Zirkel von ihren Initiatoren, dem französischen Präsidenten Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Helmut Schmidt, ursprünglich auch gar nicht als Entscheidungsgremien geplant. Nachdem die Phase des Unilateralismus in den USA zu Ende zu sein scheint und der republikanische Schlachtruf „*Let's get the US out of the UN and the UN out of the US!*“ schwächer wird, haben die Vereinten Nationen neue Handlungschancen.

Die Vereinten Staaten – und wohl auch China – dürften an der Arbeit der UN umso eher zu interessieren sein, je weniger sie sich dort mit 200 mittleren, kleinen und winzigen Staaten herumschlagen müssen und je mehr

in den Entscheidungsgremien die Interessen der Weltregionen aufeinander treffen. Regionale Verbände könnten sich auch als Transmissionsriemen für die Umsetzung der Beschlüsse von Sicherheitsrat und Wirtschaftsrat in die Nationalstaaten bewähren.

*

Was mir allerdings vordringlich erscheint, ist die Errichtung eines internationalen Gewaltmonopols. Die Einrichtung des UN-Sicherheitsrates zielte schon 1945 darauf ab. Kein Staat sollte gegen einen anderen Gewalt anwenden dürfen, es sei denn, der Sicherheitsrat hat ihn dazu ermächtigt. Das blieb während des Kalten Krieges Theorie, und auch für die einzig verbliebene Supermacht USA war der Sicherheitsrat lange Zeit, sobald er sich ihrem Willen nicht beugte, nur ein Gremium aus böswilligen Paragraphenreitern. Jetzt gibt es eine Chance, den Sicherheitsrat aufzuwerten, durch eine Reform, die vielleicht erst stattfinden wird, wenn die Zumutungen durch den seit 1945 zementierten Zustand als unerträglich empfunden werden als die Zumutungen, die mit einer Erweiterung des Rates und einer Einschränkung des Vetorechts der fünf ständigen Mitgliedsstaaten verbunden würden.

Wenn die Gewaltausbrüche in zerfallenden und zerfallenen Staaten zunehmen und überdies grenzübergreifend ansteckend wirken, dann muss – im Sinne eines Völkerrechts, das an erster Stelle die Menschen und erst dann die Staaten im Blick hat (Schutzverantwortung) – ein *internationales Gewaltmonopol* dort einspringen, wo das nationale Gewaltmonopol zerbrochen ist. Nur eine Truppe, die eindeutig als Weltpolizei legitimiert und auch als Polizei ausgebildet ist, hat eine Chance, von der Bevölkerung als Autorität anerkannt zu werden und den Wiederaufbau einer staatlichen, möglichst demokratischen Ordnung einzuleiten.

Die Folgen der gegenwärtigen globalen Finanzkrise werden wir noch lange spüren, und wir werden nicht genug unternehmen, um eine neue Krise auszuschließen. Das ist zu befürchten.

Die Klimakrise bekämen wir auch dann nicht unter Kontrolle, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur könnten wir auch dann noch nicht unter den magischen zwei Grad Celsius halten, wenn alles getan würde, was heute nur auf dem Papier steht. Und was Staatszerfall wirklich bedeutet und bewirkt, haben sich bisher die wenigsten Europäer klargemacht, und vielleicht

am wenigsten die eher kontinental orientierten Deutschen.

Aber doch gibt es Hoffnung für die Generationen der Enkel und Urenkel.

Die Menschen haben auf Bedrohungen und Katastrophen, deren Auswirkungen sie nicht oder nicht ausreichend abschätzen konnten, fast immer zu spät reagiert. Aber wenn es dann ernst wurde, sind sie meist tapfer dagegen angegangen.

Und manchmal haben sie dabei sogar zusammengehalten.

**SCHRIFTENREIHE DER
BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG**

- Heft 1* **Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis**
Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8
- Heft 2* **Politik für Berlin – Willy Brandt 1957-1966**
Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6
- Heft 3* **Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4
- Heft 4* **Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2
- Heft 5* **Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur Regierungserklärung
Willy Brandts vom 28. Oktober 1969**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0
- Heft 6* **Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen**
Berlin 2000, ISBN 3-933090-05-9
- Heft 7* **Perspektiven aus den Exiljahren**
Berlin 2000, ISBN 3-933090-06-7
- Heft 8* **Timothy Garton Ash: Wächst zusammen, was zusammengehört?**
Berlin 2001, ISBN 3-933090-07-5
- Heft 9* **Horst Ehmke: Reformpolitik und „Zivilgesellschaft“**
Berlin 2001, ISBN 3-933090-08-3
- Heft 10* **Remembering Willy Brandt – Egon Bahr, Henry Kissinger und
die deutsch-amerikanischen Beziehungen**
Berlin 2003, ISBN 3-933090-09-1

- Heft 11* **Peter Glotz: Willy Brandts Charisma**
Berlin 2004, ISBN 3-933090-10-5
- Heft 12* **Basil P. Mathiopoulos: Willy Brandt – Anmerkungen zu einem Freund**
Berlin 2005, ISBN 3-933090-11-3
- Heft 13* **Hans Arnold: Willy Brandt und Europa**
Berlin 2006, ISBN 3-933090-12-1
- Heft 14* **Willy-Brandt-Gespräch 2006: „Mehr Demokratie wagen“ (1969) –
„Mehr Freiheit wagen“ (2005). Orientierungen für eine Gesellschaft
im Umbruch?**
Berlin 2007, ISBN 3-933090-13-X
- Heft 15* **Klaus Schütz: Berlin bleibt frei – Gedanken zu Willy Brandt**
Berlin 2008, ISBN 3-933090-14-8
- Heft 16* **Egon Bahr: Willy Brandt und die Nation**
Berlin 2008, ISBN 3-933090-15-6
- Heft 17* **Die Erinnerung an Willy Brandt und ein Rückblick auf die gemein-
same Zeit. Gespräch zwischen Helmut Schmidt und Egon Bahr**
Berlin 2009, ISBN 3-933090-16-4
- Heft 18* **Robert B. Zoellick: Deutschland und der „ferne Horizont“
(Willy Brandt Lecture 2008)**
Berlin 2009, ISBN 3-933090-17-2
- Heft 19* **Peter Merseburger: Willy Brandts Ostpolitik und die deutsche
Einheit**
Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-18-0
- Heft 20* **Willy-Brandt-Gespräch 2009: Bürger und Politik – zunehmend auf
Distanz? Zustand und Zukunft unserer Demokratie nach 60 Jahren
Grundgesetz und 20 Jahre nach der friedlichen Revolution**
Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-19-5

Heft 21 **Erhard Eppler: Finanzkrise, Klimakrise und Staatszerfall. Was wird aus der Einen Welt? (Willy-Brandt-Rede Lübeck 2009)**

Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-20-1

Heft 22 **Mohammed ElBaradei: Der Weg in eine sicherere Welt (Willy Brandt Lecture 2009)**

Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-21-8

WILLY BRANDT – BERLINER AUSGABE

Herausgegeben im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung von Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler

Mit der „Berliner Ausgabe“ ausgewählter Reden, Artikel und Briefe von Willy Brandt wird erstmals das politische Wirken des bedeutendsten deutschen Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts umfassend dokumentiert. In zehn Bänden werden die Etappen der langen politischen Laufbahn Brandts nachgezeichnet: vom jungen Linkssozialisten, der in die Emigration gezwungen wurde, zum Hoffnungsträger vieler Berliner Sozialdemokraten; vom Regierenden Bürgermeister der geteilten Stadt zum Kanzlerkandidaten und Vorsitzenden der SPD; vom Außenminister der Großen Koalition zum ersten sozialdemokratischen Regierungschef in der Bundesrepublik; vom Bundeskanzler zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale und Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission.

Die inzwischen vollständige Reihe (Verlag J.H.W. Dietz Nachf.) soll eine breite historisch-politisch interessierte Öffentlichkeit ansprechen. Jedem der zehn Bände ist eine umfangreiche Einleitung vorangestellt, in der die edierten Texte in den historischen Zusammenhang eingeordnet werden. Die Bände in Hardcover mit Schutzumschlag umfassen je etwa 500 Seiten und enthalten zahlreiche Abbildungen.

Im Oktober 2010 wird der Dietz-Verlag (Bonn) einen kostengünstigen Schuber mit allen zehn Bänden auf den Markt bringen.

Band 1

Hitler ist nicht Deutschland

Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928-1940

Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0301-8

Band 2

Zwei Vaterländer

Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland

1940-1947

Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0302-6

*Band 3***Berlin bleibt frei**

Politik in und für Berlin 1947-1966

Bearb. von Siegfried Heimann, Bonn 2004, ISBN 3-8012-0303-4

*Band 4***Auf dem Weg nach vorn**

Willy Brandt und die SPD 1947-1972

Bearb. von Daniela Münkler, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0304-2

*Band 5***Die Partei der Freiheit**

Willy Brandt und die SPD 1972-1992

Bearb. von Karsten Rudolph, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0305-0

*Band 6***Ein Volk der guten Nachbarn**

Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974

Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2005, ISBN 3-8012-0306-9

*Band 7***Mehr Demokratie wagen**

Innen- und Gesellschaftspolitik 1966-1974

Bearb. von Wolther von Kieseritzky, Bonn 2001, ISBN 3-8012-0307-7

*Band 8***Über Europa hinaus**

Dritte Welt und Sozialistische Internationale

Bearb. von Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2006, ISBN 3-8012-0308-5

*Band 9***Die Entspannung unzerstörbar machen**

Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974-1982

Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2003, ISBN 3-8012-0309-3

*Band 10***Gemeinsame Sicherheit**

Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982-1992

Bearb. von Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, ISBN 3-8012-0310-7

WILLY-BRANDT-STUDIEN*Band 1*Daniel F. Sturm: **Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90**

Bonn 2006, ISBN 3-8012-0363-8

*Band 2*Robin M. Allers: **Besondere Beziehungen. Deutschland, Norwegen und Europa in der Ära Brandt (1966-1974)**

Bonn 2009, ISBN 978-3-8012-0382-5

*Band 3*Andreas Wilkens (Hrsg.): **Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung**

Bonn 2010, ISBN 978-3-8012-0392-4

WILLY-BRANDT-DOKUMENTE*Band 1*Willy Brandt: **Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht aus Deutschland 1946**

Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn (2. Aufl.) 2008, ISBN 978-3-8012-0380-1

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Willy Brandt 1913-1992

Eine Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus Schöneberg zu Berlin und des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Katalog zur Ausstellung von Gertrud Lenz

Berlin 1996, ISBN 3-931321-21-5

Struggle for Freedom. Willy Brandt 1913-1992

Permanent Exhibition of the Federal Chancellor Willy Brandt Foundation and of the Willy Brandt Archive in the Archives of Social Democracy of the Friedrich Ebert Foundation at the Schöneberg City Hall in Berlin. Exhibition Catalogue by Gertrud Lenz

Berlin 2001, ISBN 3-933090-99-7

Gerechte Entwicklung wagen: Ein unerfülltes Versprechen!

Anforderungen an einen „Brandt-Report“ für das 21. Jahrhundert (gemeinsam mit der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn)

Bonn 2000, ISBN 3-927626-40-6

Johannes Rau: Gedenkrede zum 10. Todestag Willy Brandts am 8. Oktober 2002

hrsg. in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Berlin/Bonn 2002, ISBN 3-89892-129-8

Sabine Carbon/Barbara Lücker: Willy. Die spannende Geschichte eines deutschen Bundeskanzlers

Berlin 2007, ISBN 978-9810097-8-1

Willy-Brandt-Haus Lübeck

Neue Architekturführer Nr. 118

Stadtwandel Verlag

Berlin 2007, ISBN 978-3-86711-038-9

(auch in Englisch erhältlich)

Willy Brandt – ein politisches Leben im 20. Jahrhundert

Katalog zur ständigen Ausstellung im Willy-Brandt-Haus Lübeck von Katharina Bieler, Lübeck 2009

Darüber hinaus wird auf die Online-Publikationen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter www.willy-brandt.de verwiesen.

DIE BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (BWBS) ist durch Gesetz vom 25. Oktober 1994 als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. Ihr Sitz war zunächst das Rathaus Schöneberg zu Berlin. Am 5. März 2010 wurde das Forum Willy Brandt Berlin (Unter den Linden 62-68) als neuer Stiftungsstandort eröffnet.

Die BWBS hat den Zweck, das Andenken an das Wirken Willy Brandts für Freiheit, Frieden und Einheit des deutschen Volkes und die Sicherung der Demokratie für Europa und die Dritte Welt, die Vereinigung Europas und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu wahren und so im Rahmen ihres politischen Bildungsauftrages einen Beitrag zum Verständnis des 20. Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten.

Das Forum Willy Brandt Berlin bietet bis Ende 2011 Sonderausstellungen sowie eine kleine Präsentation zum Leben und Wirken Willy Brandts. Im Sommer 2012 soll eine neue moderne Dauerausstellung eröffnet werden.

Das Forum ist Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Samstags und sonntags finden jeweils um 14 Uhr kostenlose Führungen statt. Zusätzliche Führungen sind auf Anfrage möglich. Der Eintritt ist frei.

Eine Stiftung – zwei Standorte

Am 18. Dezember 2007 wurde am Geburtsort des früheren Bundeskanzlers das „Willy-Brandt-Haus Lübeck“ (Königstraße 21) mit einer modernen, multimedialen Dauerausstellung eröffnet.

Näheres unter www.willy-brandt-luebeck.de.

BILDNACHWEIS

© BWBS

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Eppler, Erhard: Klimakrise, Finanzkrise und Staatszerfall. Was wird aus der Einen Welt?:
Willy-Brandt-Rede Lübeck 2009**

[Hrsg.: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfram Hoppenstedt ...].

1. Aufl. – Berlin: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2010

(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung; H. 21)

ISBN 978-3-933090-20-1

www.willy-brandt.de

ISSN 1434-6176

ISBN 978-3-933090-20-1

Bundeskanzler |
Willy Brandt | Stiftung

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung d. ö. R.
Forum Willy Brandt Berlin
Unter den Linden 62-68
D-10117 Berlin